

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Dienstag, 24.10.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Frank Flake - SPD

Vertretung für: Herrn Dennis Scholze

Herr Björn Hinrichs - CDU

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Vertretung für: Frau Beate Gries

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Herr Andreas Becker - SPD

Herr Andreas Kyrath -

Herr William Labitzke - SPD

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Dr. Eva Goclik -

Gäste

Herr Matthias Langemann -

Herr Gunnar Dr. Mann -

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Thorsten Warnecke - Verwaltung

Frau Bianca Winter - Verwaltung

Herr Thomas Schulze - Verwaltung

Herr Engelbert Dr. Linnenberg -

Herr Thomas Gekeler -

Herr Klaus Hornung -

Herr Stephan Kühl -

Herr Rainer Mollerus -

Abwesend

Mitglieder

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Dennis Scholze - SPD	entschuldigt
Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
Herr Patrick Jaecker -	abwesend

Verwaltung

Herr Klaus Benscheidt - Verwaltung	entschuldigt
------------------------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2017 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Anpassung Linienführung der Linie 413 zur Bedienung des Gewerbegebietes "Rüningen Süd" 17-05407
 - 3.2 Aufwertung der Buslinie 442 mit neuem Linienweg Helmstedter Straße - Lindenbergsiedlung - Südstadt - Heidberg - Melverode 17-05408
 - 3.3 Förderung von Maßnahmen an Baudenkmälern in privatem oder kirchlichem Eigentum 17-05505
 - 3.4 Bericht zum Julihochwasser 2017 in Braunschweig 17-05557
- 4 Anträge
 - 4.1 Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und -experten
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BIBS-Fraktion 17-05620
 - 4.1.1 Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und -experten 17-05620-01
 - 4.2 Grundlagen- und Machbarkeitsstudie: Fahrscheinfreier ÖPNV in Braunschweig
Antrag der Fraktion P2 17-05375
 - 4.3 Radweg Feuerwehrstraße-Pestalozzistraße
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 17-05526

4.4	Bushaltestellen-Wartehäuschen an der Haltestelle "Alter Rautheimer Weg" Antrag der AfD-Fraktion	17-05558
4.4.1	Bushaltestellen-Wartehäuschen an der Haltestelle "Alter Rautheimer Weg"	17-05558-01
4.5	Bäume am Hagenmarkt Antrag der BIBS-Fraktion	17-05600
4.5.1	Bäume am Hagenmarkt / Änderungsantrag zum Antrag 17-05600 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	17-05689
4.5.2	Bäume am Hagenmarkt Änderungsantrag zum Antrag 17-05600 der BIBS-Fraktion Antrag der SPD-Fraktion	17-05698
4.5.3	Bäume am Hagenmarkt	17-05600-01
4.6	Tagesordnungspunkt: Schützenswerte Tiere im Holzmoor Antrag der BIBS-Fraktion	17-05618
4.6.1	Antrag zu 17-05618: Schützenswerte Tiere im Holzmoor Antrag der BIBS-Fraktion	17-05683
4.7	Überprüfung der gewerblichen Genehmigung zur Konditionierung von radioaktiven Abfällen in Braunschweig-Thune Antrag der BIBS-Fraktion	17-03807
4.8	Bebauungsplan "Gieselweg/ Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre Änderungsantrag zur Vorlage 17-03863 Antrag der CDU-Fraktion	17-03952
4.9	Antrag zum Bebauungsplan "Gieselweg/ Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre Gemeinsamer Antrag der BIBS-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke	17-03960
4.10	Änderungsantrag: Überprüfung der gewerblichen Genehmigung zur Konditionierung von radioaktiven Abfällen in Braunschweig-Thune Antrag der SPD-Fraktion	17-03967
5	Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss	17-05281
5.1	Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss	17-05701

Antrag der BIBS-Fraktion, der Fraktion die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion P2

6	1. Bebauungsplan "Maybachstraße-Nord", RH 62 Stadtgebiet zwischen Hafenbahn und Porschestraße Aufhebung des erweiterten Aufstellungsbeschlusses vom 11. September 2012 2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schmalbachstraße-Nord", RH 63 Stadtgebiet nördlich der Schmalbachstraße und östlich der Maybachstraße Aufstellungsbeschluss	17-05248
6.1	1. Bebauungsplan "Maybachstraße-Nord", RH 62 Stadtgebiet zwischen Hafenbahn und Porschestraße Aufhebung des erweiterten Aufstellungsbeschlusses vom 11. September 2012 2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schmalbachstraße-Nord", RH 63 Stadtgebiet nördlich der Schmalbachstraße und östlich der Maybachstraße Aufstellungsbeschluss	17-05248-01
7	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Otto-Bögeholz-Straße", WT 54 Stadtgebiet zwischen Otto-Bögeholz-Straße und Bahnstrecke Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	17-05209
8	Bodenabbau in der Gemarkung Waggum Erklärung des gemeindlichen Einvernehmens	17-05404
9	Erneuerung oder Umwandlung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Timmerlah und Stiddien	17-05480
9.1	Erneuerung oder Umwandlung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Timmerlah und Stiddien	17-05480-01
10	Bau straßenbegleitender Gehwege beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode	17-05099
10.1	Bau straßenbegleitender Gehwege beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode	17-05099-01
11	Zuschüsse zur Pflege des baulichen Kulturgutes	17-05549
12	Anfragen	
12.1	Neugestaltung des Hagenmarktes / Sturmschäden vom 05.10.2017 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	17-05616
12.2	Sachstand "Langer der Tag der Stadt Natur" Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05598
12.3	Digitales Kompensationsflächenkataster Anfrage der Fraktion P2	17-05490

12.4	Baugebiet Trakehenstraße-Ost: Sachstandsanfrage zu Erschlie- ßungsuntersuchungen Anfrage der Fraktion P2	17-05612
------	--	----------

Nichtöffentlicher Teil:

- 13 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 14 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2017 (nichtöffentlicher Teil)
- 15 "Soziale Stadt - Donauviertel" - Auftragsvergabe Sanierungsträger und Quartiersmanagement 17-05353
- 16 Mitteilungen
- 17 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsfrau Palm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2017 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltung: 1

3. Mitteilungen

3.1. Anpassung Linienführung der Linie 413 zur Bedienung des Gewerbegebietes "Rüningen Süd"

17-05407

Herr Brandes von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH erläutert die Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2. Aufwertung der Buslinie 442 mit neuem Linienweg Helmstedter Straße - Lindenbergsiedlung - Südstadt - Heidberg - Melverode

17-05408

Herr Brandes erläutert die Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3. Förderung von Maßnahmen an Baudenkmälern in privatem oder kirchlichem Eigentum

17-05505

Protokollnotiz: Die Tagesordnungspunkte 3.3 und 11 werden zusammengefasst beraten.

Herr Hornung macht darauf aufmerksam, dass in der Vorlage 17-05549 unter Punkt 1 versehentlich die Campestraße 4 genannt worden sei. Es handele sich jedoch um die Kleine Campestraße 4.

Herr Hornung erläutert die Mitteilung und die Vorlage.

Auf Frage von Ratsfrau Schneider teilt Herr Hornung mit, dass die einzelnen Denkmale vom Landesamt für Denkmalpflege ausgewiesen würden. Dies beinhaltet auch Gebäude aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Büchs erläutert Herr Hornung die in der Vorlage genannte Aufteilung des Fördertopfes.

Ratsherr Merfort begrüßt die Initiative der Richard Borek Stiftung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4. Bericht zum Julihochwasser 2017 in Braunschweig

17-05557

Der Bericht zum Julihochwasser 2017 wird anhand einer Beamerpräsentation vorgestellt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4. Anträge

4.1. Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und -experten Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BIBS-Fraktion

17-05620

Ratsherr Kühn bringt den Antrag ein.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Ratsfrau Palm hält es für erforderlich, weitere Fachexpertise in der Kommission vorzuhalten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr darauf hinzuwirken, die Fluglärmenschutzkommision für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg um drei von der Stadt Braunschweig vorzuschlagende Fachexperten bzw. Fachexpertinnen zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 4 Enthaltungen: 0

4.1.1. Erweiterung der Lärmschutzkommision um Fachexpertinnen und -experten

17-05620-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Grundlagen- und Machbarkeitsstudie: Fahrscheinfreier ÖPNV in Braunschweig Antrag der Fraktion P2

17-05375

Ratsherr Bley erläutert den Antrag, der ÖPNV solle attraktiver gestaltet werden. Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder erklärt Ratsherr Bley, dass eine Finanzierung nicht mehr über einzelne Fahrscheine sondern über eine Umlage erfolgen solle, die alle Bürger zu tragen hätten.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass sich beim fahrscheinfreien ÖPNV der Jahresausgleichsbetrag nach einer groben Schätzung von zurzeit 20 Mio. € auf ca. 55 Mio. € erhöhen würde. Insgesamt sei der bisher eingeschlagene Weg, u.a. mit dem Stadtbahnausbaukonzept und der Überarbeitung des Linienkonzeptes, sehr gut, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten.

Ratsfrau Schneider und Ratsherr Dr. Büchs begrüßen die Einrichtung einer Machbarkeitsstu-

die.

Ratsherr Flake erklärt, dass der ÖPNV in Braunschweig in den regionalen Tarifverbund eingebunden sei. Ein fahrscheinfreier ÖPNV könne daher nur unter Beteiligung des Regionalverbandes Braunschweig erfolgen.

Ratsherr Bley regt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe ÖPNV und Mobilität an.

Nach weiterer Diskussion wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig gibt eine Grundlagen- und Machbarkeitsstudie zum fahrscheinfreien ÖPNV (Busse und Bahnen der Verkehrs GmbH) für Braunschweig in Auftrag. Die Studie wird begleitet von mindestens einem wissenschaftlichen Forschungspartner.

Etwaige Klimaschutz- und Forschungsförderprogramme werden in die Finanzierung mit einbezogen.

Die genaue Aufgabenbeschreibung und der Umfang der Studie ist im Fachausschuss, sowie mit lokalen und externen Akteuren abzustimmen. Außerdem ist ein Erfahrungsaustausch mit der niedersächsischen Landesregierung sowie deutschlandweit mit anderen Städten, die sich bereits mit diesem Thema befassen, wie z.B. Berlin, Osnabrück, Tübingen, Köln, anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3 dagegen: 10 Enthaltungen: 0

**4.3. Radweg Feuerwehrstraße-Pestalozzistraße
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

17-05526

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Antrag ein.

Stadtbaudirektor Leuer nimmt Bezug auf die heutige Sitzung des Bauausschusses, in der der Antrag ebenfalls behandelt und beschlossen worden sei. Sollte der Antrag auch im Planungs- und Umweltausschuss beschlossen werden, kündigt Stadtbaudirektor Leuer nach erfolgter Prüfung eine Mitteilung für den Bauausschuss, den Planungs- und Umwaltausschuss und den Stadtbezirksrat an.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und dem PIUA zu berichten, mit welchen Mitteln die Radwegverbindung von der Feuerwehrstraße zur Pestalozzistraße aufgewertet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

**4.4. Bushaltestellen-Wartehäuschen an der Haltestelle "Alter Rautheimer Weg"
Antrag der AfD-Fraktion**

17-05558

Ratsherr Scherf bringt den Antrag ein.

Stadtbaudirektor Leuer nimmt Bezug auf die Stellungnahme 17-05558-01 der Verwaltung und erklärt, dass eine Prüfung bereits erfolgt sei.

Der Antrag wird daraufhin von Ratsherrn Scherf zurückgezogen.

Ratsherr Kühn bittet darum, die Stellungnahme 17-05558-01 auch dem Stadtbezirksrat 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

Die Verwaltung möge Prüfen welche Möglichkeiten für einen Wetterschutz für die wartenden Fahrgäste an der Haltestelle "Alter Rautheimer Weg" Richtung Stadt möglich sind.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

4.4.1. Bushaltestellen-Wartehäuschen an der Haltestelle "Alter Rautheimer Weg" 17-05558-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.5. Bäume am Hagenmarkt 17-05600
Antrag der BIBS-Fraktion**

Protokollnotiz: TOP 4.5 bis 4.5.3 sowie TOP 12.1 werden zusammengefasst beraten

Ratsherr Dr. Büchs erläutert den Antrag 17-05600 der BIBS-Fraktion. Er betont, dass der Platz als Grünfläche erhalten bleiben müsse, die umgewehten Bäume müssten umgehend ersetzt werden.

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Änderungsantrag 17-05689 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Die Verwaltung werde gebeten, einen Beteiligungsprozess zur Neugestaltung und künftigen Bepflanzung des Hagenmarktes durchzuführen, z.B. in Form einer Planungswerkstatt.

Stadtbaurat Leuer verliest die Stellungnahme der Verwaltung zu der Anfrage 17-05616.

Ratsfrau Palm erläutert den Änderungsantrag 17-05698 der SPD-Fraktion ein. Es müsse eine gute städtebauliche Aufwertung des Platzes erfolgen. Die Verwaltung solle hierzu mehrere Planungsvarianten erstellen. Zielsetzung des Beteiligungsprozesses sei es, eine Planungsvariante zu finden, die im Ergebnis die verschiedenen Interessenlagen berücksichtige und von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden könne. Ein gutes Beispiel hierfür sei die erfolgte Gestaltung des Nibelungenplatzes.

Ratsherr Manlik geht auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der einzelnen Anträge ein. Er regt an, alle Anträge zusammenzufassen mit dem Ziel, die Umgestaltung des Hagenmarktes voranzubringen. Hierzu sollte dann ein Grundsatzbeschluss erfolgen. Außerdem solle der Gestaltungsbeirat in die weitere Planung eingebunden werden. Ratsherr Manlik erklärt, dass zunächst die Fakten für mögliche Planungsvarianten von der Verwaltung vorgelegt werden müssten.

Ratsfrau Schneider befürwortet den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Dr. Goclik appelliert daran, dass alle möglichen Planungen einen hohen Grünanteil haben sollten.

Ratsherr Dr. Mühlnickel erfragt den zu erwartenden Zeitplan und erklärt, dass offen mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger umgegangen werden müsse.

Ratsherr Kühn erklärt, dass die unterschiedlichen Planungsvarianten nur durch die Verwal-

tung erstellt werden könnten. Diese könnten dann in dem Beteiligungsprozess bewertet werden.

Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht, dass die Verwaltung verschiedenen Varianten unter der Berücksichtigung aller Aspekte planen werde. Hierzu werde eine intensive Bürgerbeteiligung erfolgen. Bei der Planung sei auch das Verkehrsgutachten für diesen Bereich zu beachten. Stadtbaudirektor Leuer nennt einen Zeitplan von voraussichtlich mehreren Monaten für die Erarbeitung der einzelnen Varianten. Diese würden dann im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt.

Ratsherr Kühn regt an, zunächst die von der Verwaltung angekündigten Varianten zu bewerten. Die eingebrachten Anträge sollten daher zurückgezogen werden.

Ratsherr Dr. Büchs hebt erneut den stadtökologischen Aspekt der Bäume hervor, der an diesem verkehrsreichen Platz beachtet werden müsse. Dieser ökologische Eckpunkt müsse auf jeden Fall beachtet werden.

Ratsfrau Palm erklärt, dass dieser ökologische Gedanke Inhalt einer der Planungsvarianten sein könne.

Es besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung zunächst die verschiedenen Planungsvarianten vorlegen solle. Alle Anträge werden daraufhin zurückgezogen.

Beschluss:

"Der Rat spricht sich für den Erhalt der Bäume am Hagenmarkt aus. Die durch den Orkan 'Xavier' umgewehten Bäume werden umgehend ersetzt."

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**4.5.1. Bäume am Hagenmarkt / Änderungsantrag zum Antrag 17-05600
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

17-05689

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Beteiligungsprozess zur Neugestaltung und künftigen Bepflanzung des Hagenmarktes durchzuführen - z. B. in Form einer Planungswerkstatt. Ziel des Beteiligungsprozesses soll es sein, eine Grundsatzentscheidung vorzubereiten, die bei allen möglichen Varianten des Stadtbahnausbau bzw. der Linienführung Bestand hat.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**4.5.2. Bäume am Hagenmarkt
Änderungsantrag zum Antrag 17-05600 der BIBS-Fraktion
Antrag der SPD-Fraktion**

17-05698

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, mehrere Planungsvarianten für eine Neugestaltung des Hagenmarktes zu erarbeiten und diese in einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Zielsetzung des Beteiligungsprozesses ist es, eine Planungsvariante zu finden, die am Ende von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

4.5.3. Bäume am Hagenmarkt

17-05600-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.6. Tagesordnungspunkt: Schützenswerte Tiere im Holzmoor Antrag der BIBS-Fraktion

17-05618

Ratsherr Dr. Büchs erläutert den Antrag 17-05618 und den Änderungsantrag 17-05683 der BIBS-Fraktion. Es seien in diesem Bereich schützenswerte Tiere gefunden worden, nämlich die Knoblauchkröte und der Kammmolch. Es sei sicherzustellen, dass im Bereich des Baugebiets Holzmoor sämtliche bau- und bauvorbereitenden Maßnahmen, die den Lebensraum und die Winterruhe der Knoblauchkröte, des Kammmolchs und anderer geschützter Tierarten stören können, bis zum Abschluss von Untersuchungen im gesamten potenziellen Vorkommensgebiet unterlassen bzw. eingestellt würden.

Herr Warnecke verdeutlicht, dass im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens derzeit artenschutzfachliche Untersuchungen durchgeführt würden. Eine abschließende Aussage zu den Vorkommen von besonders und streng geschützten Arten im Planbereich Holzmoor-Nord sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Der Verwaltung liege ein Bericht zu Kartierungen der Fauna und Flora im Plangebiet vor. Hierzu sei anzumerken, dass es sich um ein Zwischenergebnis handele, da noch nicht alle Gartenparzellen untersucht worden seien. Aus dem Zwischenbericht ergäben sich Artvorkommen aus der Gruppe der Fledermäuse, Vögel, Amphibien und Libellen. Pflanzenarten der Roten Liste Deutschland/Niedersachsen seien nicht vorgefunden worden. Ferner liege der Verwaltung die Meldung einer Feldhamsterbeobachtung im Juli 2017 vor. Ein Termin vor Ort erbrachte vorerst keine Hinweise auf ein Vorkommen der Art. Herr Warnecke macht darauf aufmerksam, dass die Bioto pausstattung sowie die isolierte Lage ein Vorkommen des Feldhamsters in diesem Bereich allerdings sehr unwahrscheinlich machten.

Herr Warnecke führt weiter aus, dass der Verwaltung aktuell der Fund einer weiteren streng geschützten Art gemeldet worden sei. Auf dem Gartengrundstück, auf dem im September 2017 auch schon die Knoblauchkröte entdeckt worden sei, sei am 16. Oktober 2017 ein Kammmolch gesichtet worden. Dem Vorhabenträger sei daraufhin mitgeteilt worden, dass bis zur Klärung des Sachverhaltes u.a. Eingriffe in den Boden, das Befahren von Beeten/Anbauflächen sowie die Stubbenrodung zu unterlassen sei, da hierbei das Töten bzw. Verletzen von im Winterquartier befindlichen Knoblauchkröten und Kammmolchen nicht ausgeschlossen werden könne. Es handele sich hierbei um einen Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz. Etwaige vorherige Räumungsarbeiten wären nur unter einer ökologischen Baubegleitung und in frühzeitiger und enger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde durchzuführen. Sowohl im Rahmen der vorhabenbezogenen Behördenbeteiligung als auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung werde es hierzu weitere ausführliche Informationen geben.

Ratsherr Dr. Büchs bemängelt, dass trotz der noch nicht abgeschlossenen Kartierung baubegleitende Arbeiten durchgeführt werden könnten.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die Verwaltung die artenschutzrechtlichen Belange intensiv prüfe.

Beschluss:

Kein Beschlusstext.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt in der Fassung des Änderungsantrages 17-05683.

**4.6.1. Antrag zu 17-05618: Schützenswerte Tiere im Holzmoor
Antrag der BIBS-Fraktion**

17-05683

Beschluss:

Die Stadt möge veranlassen und sicherstellen, dass im Bereich des Baugebiets Holzmoor sämtliche bau- und bauvorbereitenden Maßnahmen, die den Lebensraum und die Winterruhe der Knoblauchkröte und anderer geschützter Tierarten (z.B. Kammmolch) stören können, bis zum Abschluss von Untersuchungen im gesamten potenziellen Vorkommensgebiet unterlassen bzw. eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1 dagegen: 10 Enthaltungen: 2

**4.7. Überprüfung der gewerblichen Genehmigung zur Konditionierung von radioaktiven Abfällen in Braunschweig-Thune
Antrag der BIBS-Fraktion**

17-03807

Die TOP's 4.7 bis 5.1 werden zusammengefasst beraten.

Nach kurzer Diskussion werden die Anträge Top 4.7, 4.8, 4.9 und 4.10 für alle Gremienschienen zurückgezogen.

Beschluss:

"Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz zu klären, ob für die industrielle Konditionierung von radioaktiven Abfällen am Standort Braunschweig-Thune durch die Firma Eckert & Ziegler Umweltdienste eine gültige und ausreichende gewerbliche Genehmigung vorliegt."

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**4.8. Bebauungsplan "Gieselweg/ Harxbütteler Straße - neu", TH 24;
Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre
Änderungsantrag zur Vorlage 17-03863
Antrag der CDU-Fraktion**

17-03952

Beschluss:

"Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gieselweg/ Harxbütteler Straße - neu“, TH 24 beschlossen.“

"Der Rat der Stadt Braunschweig bekräftigt, dass im neu aufzustellenden Bebauungsplan TH

24 keine Regelungen zum Strahlenschutz erfolgen, da diese ausschließlich in der Verantwortung des Landes Niedersachsen liegen."

"Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 3.2 dargestellt ist, wird gemäß §§ 14 ff. Baugesetzbuch (BauGB) die als Anlage beigelegte Veränderungssperre für zwei Jahre als Satzung beschlossen."

"Die Verwaltung wird gebeten, unverzüglich in Gespräche mit den vom Geltungsbereich des Bebauungsplanes betroffenen Unternehmen einzutreten, um eine tragfähige und möglichst einvernehmliche Lösung der Planung zu erreichen. Die Verwaltung prüft, ob dieses im Rahmen eines Mediationsverfahrens erfolgen kann."

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 4.9. Antrag zum Bebauungsplan "Gieselweg/ Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre** 17-03960
Gemeinsamer Antrag der BIBS-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Beschluss:

"Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gieselweg/ Harxbütteler Straße - neu“, TH 24 beschlossen."

"Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 3.2 dargestellt ist, wird gemäß §§ 14 ff. Baugesetzbuch (BauGB) die als Anlage beigelegte Veränderungssperre für zwei Jahre als Satzung beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 4.10. Änderungsantrag: Überprüfung der gewerblichen Genehmigung zur Konditionierung von radioaktiven Abfällen in Braunschweig-Thune** 17-03967
Antrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Vorlage 17-03807 wird um Folgendes ergänzt:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. die Gespräche mit dem Niedersächsischen Umweltministerium zu intensivieren, mit dem Ziel, die in der Umgangsgenehmigung der Firma Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH festgelegten Grenzwerte deutlich zu reduzieren, und
2. dazu beim Niedersächsischen Umweltministerium darauf hinzuwirken, dass zeitnah ein Stresstest unter Berücksichtigung der spezifischen Situation am Standort Thune durchgeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 5. Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24;** 17-05281

**Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße
Aufstellungsbeschluss**

Beschluss:

"Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu“, TH 24, beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der geänderten Fassung des Änderungsantrages 17-05701.

dafür: 10 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

- 5.1. Änderungsantrag zu 17-05281: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu", TH 24; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße**

17-05701

Aufstellungsbeschluss

Antrag der BIBS-Fraktion, der Fraktion die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion P2

Stadtbaurat Leuer nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage 17-05281 und fasst die Ergebnisse des Moratoriums zusammen. Es sei vereinbart worden, dass Eckert & Ziegler die bisher streitige Halle zur Messung, Konditionierung und sicheren Verpackung nicht weiterverfolge und stattdessen eine Halle zur reinen Lagerung beantrage. Für die beantragten Containerflächen außerhalb von Gebäuden habe das Unternehmen eine zeitliche Befristung akzeptiert. Eckert & Ziegler habe darüber hinaus schriftlich gegenüber der Stadt erklärt, keine radioaktiven Abfälle zur Zwischenlagerung von Leese nach Braunschweig verlagern zu wollen. Weiteres Ergebnis der bisherigen Abstimmungen sei, dass sich das Unternehmen bereit erkläre, am Standort Braunschweig-Thune nicht mit Abfällen aus Kernkraftwerken oder aus der Asse umzugehen und die breit diskutierte 2000-Stunden-Regelung ebenfalls aufzugeben, wenn die Rahmenbedingungen zum Genehmigungsverfahren Strahlenschutz mit dem Niedersächsischen Umweltministerium (MU) abgestimmt seien. Gesprochen worden sei auch über die Umgangsgenehmigung, die reduziert werden solle.

Die bisherigen Abstimmungen mit den Unternehmen hatten auch zum Inhalt, dass die derzeit in deren Eigentum bzw. Besitz stehenden Flächen für den Gewerbestandort erhalten bleiben sollen. Damit verbleibe es weiterhin bei einer deutlichen Reduzierung der bisher planungsrechtlich gegebenen Erweiterungsmöglichkeiten.

Stadtbaurat Leuer betont, dass der Ausschluss von Anlagen nach Strahlenschutzverordnung nicht weiterverfolgt werden solle. Er führt weiter aus, dass Eckert & Ziegler die bisher getroffenen Abstimmungen als Gesamtpaket verstehe. Dies bedeute auch, dass die Genehmigungsverfahren des MU zu berücksichtigen seien.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass mit dem neuen Bebauungsplan insbesondere das Miteinander von Firmen und der Bevölkerung verbessert werden solle.

Ratsfrau Buchholz bringt den Änderungsantrag der BIBS-Fraktion ein. Der Beschlussvorschlag bleibe unverändert, Änderungen seien jedoch im Sachverhalt vorgenommen worden. Sämtliche Bezüge zum OVG Urteil seien gestrichen worden. Die Planungsziele seien erweitert worden. U.a. sei eingefügt worden, dass die Nähe zu Schulen, Kita, Jugendzentrum und Wohnbebauung zu berücksichtigen sei. Dass die Regelungen zum Strahlenschutz im Bebauungsplanverfahren nicht mehr betrachtet werden sollen, sei aus Sicht von Ratsfrau Buchholz nicht akzeptabel. Der entsprechende Satz der Beschlussvorlage sei daher in dem Änderungsantrag gestrichen worden.

Herr Bezirksbürgermeister Schröter berichtet aus der Sitzung des Stadtbezirksrates 323 vom 23. Oktober 2017.

Stadtbaudirektor Leuer geht auf den Änderungsantrag ein. Er betont, dass die Streichung des Satzes zum Ausschluss von Betrieben nach der Strahlenschutzverordnung von der Verwaltung nicht akzeptiert werden könne, da hierin ein erhebliches rechtliches Risiko gesehen werde. Der Verzicht auf Regelungen zum Strahlenschutz sei auch Gegenstand der Gespräche zum Moratorium. Das Unternehmen E&Z gehe zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass hierzu keine Regelungen im Bebauungsplan getroffen werden. Der Verzicht werde von E&Z als Bestandteil des Gesamtpakets verstanden. Alle anderen Punkte des Änderungsantrages könnten von der Verwaltung hingegen akzeptiert werden.

Der Geschäftsführer der Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH, Herr Dr. Mann, erklärt, dass das Unternehmen zu vielen Kompromissen bereit sei. Die Streichung des Satzes zum Ausschluss von Betrieben nach der Strahlenschutzverordnung sei jedoch nicht akzeptabel und würde die bisherigen Abstimmungsgespräche mit der Stadt Braunschweig außer Kraft setzen. Im Ergebnis würde es dann voraussichtlich auf einen Rechtsstreit hinauslaufen.

Aus Sicht von Ratsfrau Buchholz seien im Rahmen der Risikobetrachtung der Bauleitplanung verschiedene Eingaben der Bürgerinitiative nicht berücksichtigt worden. Sie führt weiter aus, dass im OVG-Verfahren die Betrachtung des Strahlenschutzes prinzipiell nicht ausgeschlossen worden sei. Dieser Punkt müsse daher weiter betrachtet werden.

Ratsfrau Buchholz geht auch auf das genannte Gesamtpaket ein. Im Ergebnis sei für die Belange der Bevölkerung noch nicht der entscheidende Durchbruch gelungen.

Herr Mollerus nimmt Bezug auf das OVG-Urteil. In der Gesamtbetrachtung und in Abstimmung mit dem beauftragten Rechtsanwalt sei die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Festhalten an dem Ausschluss von Strahlenschutzbetrieben nicht empfohlen werden könne.

Ratsherr Manlik erklärt, dass die Belange des Strahlenschutzes nicht durch das Baurecht geregelt werden könnten.

Ratsfrau Palm begrüßt, dass es durch das Moratorium gelungen sei, auf sachlicher Ebene Inhalte auszutauschen.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages getrennt abzustimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag unverändert: "Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Gieselweg/Harxbütteler Straße - neu“, TH 24, beschlossen.“

1. Streichung folgender Absätze aus der Vorlage 17-05281:

- Unwirksamkeit des Bebauungsplans „Gieselweg/ Harxbütteler Straße“, TH 22

~~Das OVG hat in seiner Entscheidung die Frage offengelassen, ob es überhaupt ein städtebaulich legitimes Ziel der Stadt Braunschweig sein kann, durch Bauleitplanung eine Strahlenexposition der Wohnbevölkerung unterhalb der Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung weiter zu reduzieren. Es macht in der Begründung deutlich, dass der Bereich des städtebaulich allenfalls regelungsfähigen Restrisikos ausgesprochen schmal sei, da das Vorsorgeprinzip bereits die Strahlenschutzverordnung nachhaltig präge und auch unterhalb der darin genannten Grenzwerte ein behördliches Handeln erlaube. Aus den vom Land erhobenen Messwerten ließe sich ein Gefährdungspotenzial nicht feststellen.~~

~~Die Verwaltung hatte im Nachgang zu dem Urteil den beauftragten Rechtsanwalt um eine Einschätzung gebeten, inwieweit der grundsätzliche Ausschluss von Betrieben nach der Strahlenschutzverordnung rechtssicher aufrechterhalten werden kann. Herr Dr. Schiller hat erläutert, dass, selbst wenn man davon ausgeinge, dass der Ausschluss von Betrieben nach der Strahlenschutzverordnung ein legitimes städtebauliches Ziel sein könne, dies in einem neuen Bebauungsplan abwägungsfrei nur dann möglich sei, wenn sich die Beschränkungen im engen Rahmen halten. Die ansässigen Betriebe seien aber nach dem Duktus des Urteils von Beschränkungen auszunehmen.~~

~~Aus Sicht der Verwaltung sind damit die Möglichkeiten der kommunalen Planung in Bezug auf die Strahlenschutzbetriebe ausgeschöpft. Es wird empfohlen, im neuen Bebauungsplan auf die Regelungen zum Strahlenschutz zu verzichten. Die auch vom Gericht genannten Möglichkeiten des behördlichen Handelns konzentrieren sich damit auf das Umweltministerium als Genehmigungsbehörde, um sowohl die Einhaltung der Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung als auch die Umsetzung des Vorsorgeprinzips sicherzustellen.~~

Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltung: 1

2. Streichung folgender Absätze aus der Vorlage 17-05281:

~~- Urteil des OVG~~

~~Das OVG hat darüber einzelne Festsetzungen des Bebauungsplans TH 22 gerügt. Es seien die zahlreichen Teilregelungen zu Lasten der ansässigen Unternehmen nicht ausreichend ins Verhältnis gesetzt zu den geringen Vorteilen, die die Stadt mit den Festsetzungen erreichen könnte. Dadurch richte sich die Abwägung zu sehr gegen die ansässigen Unternehmen. Die Urteilsgründe im Einzelnen wurden dem Rat mit Vorlage 17-03849 mitgeteilt.~~

~~Aus Sicht der Verwaltung bestehen gute Chancen, dies zu beheben. Im Planverfahren wird überprüft, inwieweit durch einen erweiterten Flächenzuschnitt der Gewerbegebiete den Bedenken des OVG entsprochen werden kann. Ebenso wird die Notwendigkeit einer öffentlichen Erschließung über den Gieselweg, wie sie noch im Bebauungsplan TH 18 vorgesehen ist, überprüft. Das neue Planverfahren wird zudem prüfen, inwieweit eine Anbindung des Standortes an das Gewerbegebiet Waller See möglich ist.~~

Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

3. Streichung folgender Sätze aus der Vorlage 17-05281:

~~- Planungsziele~~

~~Aufgrund des rechtlichen Risikos bei Beihaltung eines über die Strahlenschutzverordnung hinausgehenden Vorsorgeprinzips werden die Regelungen zum Strahlenschutz nicht weiter verfolgt. Die übrigen bisherigen Planungsziele gelten fort.~~

Abstimmungsergebnis:

dafür: 2 dagegen: 8 Enthaltungen: 3

4. Einfügung folgenden Satzes in die Vorlage 17-05281:

- Planungsziele

Vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich erzielten Abstimmungen hält es die Verwaltung für gerechtfertigt, einen neuen Bebauungsplan für das Plangebiet aufzustellen. Mit dem Bebauungsplan soll ein verträglicheres Nebeneinander zwischen gewerblicher Nutzung und benachbarter Wohnbebauung sichergestellt werden. **Hierbei ist die Nähe zu Schulen, Kita, Jugendzentrum und Wohnbebauung zu berücksichtigen.**

Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

5. Einfügung folgenden Halbsatzes in die Vorlage 17-05281:

- Planungsziele

Vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich erzielten Abstimmungen hält es die Verwaltung für gerechtfertigt, einen neuen Bebauungsplan für das Plangebiet aufzustellen. Mit dem Bebauungsplan soll ein verträglicheres Nebeneinander zwischen gewerblicher Nutzung und benachbarter Wohnbebauung sichergestellt werden. Hierbei ist die Nähe zu Schulen, Kita, Jugendzentrum und Wohnbebauung zu berücksichtigen.

Dazu soll **neben anderen Maßnahmen** der Gewerbestandort in seiner Ausdehnung räumlich begrenzt und die Zulässigkeit anderer störender Nutzungen neu geregelt werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 12 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

6.

 - 1. Bebauungsplan "Maybachstraße-Nord", RH 62
Stadtgebiet zwischen Hafenbahn und Porschestraße
Aufhebung des erweiterten Aufstellungsbeschlusses
vom 11. September 2012
 - 2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schmalbachstraße-Nord",
RH 63
Stadtgebiet nördlich der Schmalbachstraße und östlich der
Maybachstraße
Aufstellungsbeschluss

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ein Verkehrsbericht erstellt werde.

Herr Bezirksbürgermeister Degering-Hilscher berichtet aus der Sitzung des Stadtbezirksrates
322.

Aus Sicht von Ratsfrau Palm müsse es eine großflächige verkehrliche Betrachtung geben, in die u.a. auch der Bereich Schwarzer Berg einbezogen werden müsse.

Ratsherr Manlik betont, dass es momentan schon erhebliche verkehrliche Probleme insbesondere zur üblichen Feierabendzeit zwischen 15:00 und 17:00 Uhr bei VW und VW-Financial-Service gäbe. Eine mögliche Lösung wäre eine Zuwegung über die Porschestraße zur Hansestraße.

Frau Dr. Goclik regt an, dass bereits im Vorfeld mit dem Investor die Themen Dachbegrünung, Fassadenbearbeitung und Bearbeitung der Außenanlagen besprochen werden sollten.

Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis auf.

Beschluss:

- „1. Für das im Betreff genannte und in Anlage 1.2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufhebung des erweiterten Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Maybachstraße-Nord“, RH 62, vom 11. September 2012 beschlossen.
2. Für das im Betreff genannte und in Anlage 2.2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Schmalbachstraße-Nord“, RH 63, beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 17-05248-01

- 6.1. 1. Bebauungsplan "Maybachstraße-Nord", RH 62** **17-05248-01**
Stadtgebiet zwischen Hafenbahn und Porschestraße
Aufhebung des erweiterten Aufstellungsbeschlusses vom
11. September 2012
- 2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schmalbachstraße-Nord",**
RH 63
Stadtgebiet nördlich der Schmalbachstraße und östlich der
Maybachstraße
Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

- „1. Für das im Betreff genannte und in Anlage 1.2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufhebung des erweiterten Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Maybachstraße-Nord“, RH 62, vom 11. September 2012 beschlossen.
2. Für das im Betreff genannte und in Anlage 2.2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Schmalbachstraße-Nord“, RH 63, beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 7. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Otto-Bögeholz-Straße", WT 54** **17-05209**
Stadtgebiet zwischen Otto-Bögeholz-Straße und Bahnstrecke
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Herr Warnecke erläutert kurz die Vorlage.

Ratsherr Dr. Büchs erklärt, dass das vorhandene Bahnhofsgebäude erhalten bleiben sollte.

Herr Warnecke teilt mit, dass die Verwaltung hierauf keinen Einfluss habe, da das Gebäude nicht unter Denkmalschutz stehe.

Herr Warnecke beantwortet weitere Fragen von Ratsherrn Dr. Büchs und Ratsfrau Schneider.

Bürgermitglied Labitzke bemängelt, dass einige Bürgerinnen und Bürger noch keine Rückmeldung auf ihre Einwendungen erhalten hätten.

Herr Mollerus verweist auf die gesetzliche Regelung, wonach die Antworten nach der Bekanntmachung des Bebauungsplanes erfolgten.

Frau Dr. Goclik geht auf die vorhandene Baumreihe ein. Es sollte geprüft werden, ob nicht einzelne Bäume erhalten bleiben könnten.

Die Verwaltung gibt diese Anregung an den Investor weiter.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6 und 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Otto-Bögeholz-Straße“, WT 54, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**8. Bodenabbau in der Gemarkung Waggum
Erklärung des gemeindlichen Einvernehmens**

17-05404

Herr Gekeler erläutert, dass die vorhandene Genehmigung Bestandsschutz genieße. Die Verlängerung der Genehmigung solle jedoch mit zusätzlichen Auflagen erfolgen.

Herr Gekeler beantwortet Fragen von Ratsherrn Dr. Büchs, Ratsherrn Dr. Mühlnickel und Frau Dr. Goclik.

Beschluss:

„Der beantragten Verlängerung der Abbaugenehmigung für den Bodenabbau in der Gemarkung Waggum erteilt die Stadt Braunschweig das gemeindliche Einvernehmen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

9. Erneuerung oder Umwandlung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Timmerlah und Stiddien

17-05480

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig stimmt der kurzfristigen 1:1-Erneuerung des Bahnübergangs Teufelsspring zu.“

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 17-05480-01

9.1. Erneuerung oder Umwandlung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Timmerlah und Stiddien

17-05480-01

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig stimmt der kurzfristigen 1:1-Erneuerung des Bahnübergangs Teufelsspring zu.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Bau Straßenbegleitender Gehwege beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode

17-05099

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau von Gehwegen beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode entsprechend den planerischen Darstellungen in der Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 17-05099-01

10.1. Bau Straßenbegleitender Gehwege beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode

17-05099-01

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, dass die vom Stadtbezirksrat vorgeschlagene Querungshilfe aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens und der hohen Kosten nicht errichtet werden solle. Hierzu habe auch ein Ortstermin stattgefunden.

Ratsherr Manlik gibt zu bedenken, dass in diesem Bereich eine Kindertagesstätte vorhanden sei.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass der Gehweg in diesem Bereich abgesenkt werde. Sollte eine Querungshilfe zu einem späteren Zeitpunkt nachgerüstet werden, wäre dies problemlos möglich.

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau von Gehwegen beiderseits der Hondelager Straße im Bereich der östlichen Ortseinfahrt von Bevenrode entsprechend den planerischen Darstellungen in der Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

11. Zuschüsse zur Pflege des baulichen Kulturgutes

17-05549

Beschluss:

„Den in der Vorlage vorgeschlagenen Zuschussgewährungen zur Pflege des baulichen Kulturgutes wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 2 Enthaltung: 1

12. Anfragen

- 12.1. Neugestaltung des Hagenmarktes / Sturmschäden vom 05.10.2017** 17-05616
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 12.2. Sachstand "Langer der Tag der Stadt Natur"** 17-05598
Anfrage der BIBS-Fraktion

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 12.3. Digitales Kompensationsflächenkataster** 17-05490
Anfrage der Fraktion P2

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 12.4. Baugebiet Trakehnenstraße-Ost: Sachstandsanfrage zu Erschließungsuntersuchungen** 17-05612
Anfrage der Fraktion P2

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis:

Mündliche Frage:

Anfrage von Ratsfrau Schneider zum Förderprogramm regenerative Energien

Frage:

Das bisherige Förderprogramm für regenerative Energien läuft nach zweimaliger Verlängerung zum Ende des Jahres 2017 aus. Am 07. Juni 2017 hatte die Verwaltung dem PIUA mitgeteilt, dass die für 2017 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 79.100 Euro ausgeschöpft sind. Der Haushaltsentwurf 2018 legt nahe, dass ein neues Programm aufgelegt werden soll, s. Produkt-Nr. 1.56.5610.05 auf S. 112. Im Investitionsplan sind unter 4S.610032 für die Jahre 2018-2021 je 130.000 Euro für dieses Programm vorgesehen (S. 1752).

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Ist es richtig, dass ein solches Förderprogramm über 4 Jahre mit je 130.000 Euro geplant ist?
2. Existieren bereits Vorschläge, welche Projekte konkret gefördert werden sollen, und wenn ja, um welche Projekte mit welchen Randbedingungen handelt es sich?
3. Zu welchem Zeitpunkt soll der PIUA in die Planungen involviert werden?

Antwort:

Die Verwaltung hat dem Planungs- und Umweltausschuss mitgeteilt, dass nicht nur die im Jahr 2017 zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel in Höhe von 79.100 € frühzeitig (im Mai) ausgeschöpft sind, sondern auch das Gesamtbudget in Höhe von 370.000 € abgeflossen ist. Da das Förderprogramm aus vielerlei Sicht (CO₂-Einsparung, Investitionsanreiz) als erfolgreich bezeichnet werden kann, empfiehlt die Verwaltung es dauerhaft fortzuführen. Aufgrund der Erfahrungen aus diesem Jahr schlägt die Verwaltung einen höheren Haushaltsansatz

vor, um die erkennbare Investitionsbereitschaft der Bürger ausreichend unterstützen zu können.

Dies vorangestellt werden wie folgt beantwortet:

Zu 1:

Die Verwaltung empfiehlt das bestehende Förderprogramm dauerhaft fortzusetzen; hierfür ist ein jährlicher Fördertopf in Höhe von 130.000 € für die Haushaltsberatungen vorgeschlagen.

Zu 2:

Es ist geplant, das bestehende Förderprogramm mit seinen Förderrichtlinie

1. Photovoltaikanlagen auf Ein- und Mehrfamilienhäuser,
2. Photovoltaik-Carports und
3. Photovoltaik-Energiespeicher fortzusetzen.

Eine Änderung der Förderziele ist aktuell nicht geplant. Wie auch in der Vergangenheit können Förderrichtlinien angepasst oder neue Förderschwerpunkte durch Ratsbeschluss erfolgen und dadurch an die kommenden Situationen (Förderlandschaft, Fördernotwendigkeit) angepasst werden.

Zu 3:

Die aktuellen Förderrichtlinien wurden vom Planungs- und Umweltausschuss beraten und vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossen. Hierzu ist derzeit keine Änderung geplant. Im Rahmen der anstehenden Haushaltsbesprechungen entscheiden die Ratsmitglieder über eine Fortführung des Förderprogramm für regenerative Energien.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:30 Uhr geschlossen.